

Finanzierungsreformgesetz Kliniken bekommen 3,5-Milliarden-Euro- Spritze – aber das reicht nicht

Anlässlich der Verabschiedung des Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes (KHRG) hat sich das Aktionsbündnis zur „Rettung der Krankenhäuser“ erleichtert gezeigt, dass den rund 2.100 Kliniken eine erste Hilfe in Höhe von 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt wird. Dennoch sprechen die Bündnispartner, darunter auch der Deutsche Pflegerat, von einer „unterdosierten Finanzspritze“.

➤ In buchstäblich letzter Sekunde habe das Aktionsbündnis „weitgehende Kürzungsabsichten des Bundesgesundheitsministeriums“ abgewehrt, erklärten die im Bündnis vertretenen Verbände und Gewerkschaften. Vertreter des Pflegerates begrüßten insbesondere, dass im Hilfspaket ein gesondertes Programm für zusätzliche Pflegekräfte enthalten ist. Danach können in den nächsten drei Jahren bis zu 17.000 Pflegefachkräfte von den Kliniken zusätzlich eingestellt werden. Die anfallenden Personalkosten werden den Häusern zu 90 Prozent rückerstattet.

Das Hilfsprogramm für die Kliniken sei dennoch eine „unterdosierte Finanzspritze, die auf Dauer die hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung in den Krankenhäusern nicht sichern kann“, hieß es. „Damit bleibt die Unterfinanzierung der Krankenhäuser bestehen, zumal auch die Investitionslücke in den Bundesländern nicht geschlossen wird.“

Das Aktionsbündnis forderte, dass die zugesagten Gelder zeitnah in den Kliniken ankommen. Die bisherige Regelung, wonach erst nach den Verhandlungen mit den Krankenkassen die Finanzhöhe festgeschrieben werden kann, wird von den Bündnispartnern als „praxisfern“ bezeichnet. Es

führe zu unnötigen Verzögerungen. „Die Krankenhäuser und ihre Beschäftigten erwarten, dass der 2009 neu zu wählende Deutsche Bundestag und die Bundesländer die Krankenhausfinanzierung endlich auf gesunde Beine stellen.“

Die Klinikfinanzierung sei künftig stärker am Bedarf zu orientieren, damit der Versorgungsauftrag der Krankenhäuser für die Bevölkerung auch in Zukunft in hoher Qualität erfüllt werden könne. „Krankenhäuser müssen endlich wieder mehr investieren und modernisieren können.“

Ausdrücklich dankte das Aktionsbündnis allen Mitarbeitern der Krankenhäuser, „die mit ihrem fantastischen Engagement dazu beigetragen haben, dass die finanziellen Mittel für die Kliniken zukünftig zumindest um 3,5 Milliarden Euro steigen werden“. Erheblichen Einfluss darauf habe insbesondere die Großdemonstration am 25. September 2008 in Berlin gehabt. An diesem Tag demonstrierten in der Bundeshauptstadt über 130.000 Klinikbeschäftigte für eine ausreichende Finanzierung der über 2.100 Krankenhäuser in Deutschland. ■

■ Weitere Informationen
www.rettung-der-krankenhaeuser.de

Editorial



Offene Wunde

Es ist ein Erfolg, dass das Aktionsbündnis zur „Rettung der Krankenhäuser“ eine erste Finanzspritze in Höhe von 3,5 Milliarden Euro – inklusive eines Programms für bis zu 17.000 neue zusätzliche Pflegekräfte – erkämpft hat. Der Betrag lässt viele Häuser erst einmal durchatmen. Für mehr aber reicht das Geld nicht aus. Die Politik bleibt auch in Zukunft in der Pflicht, den Krankenhäusern ausreichend Mittel für notwendige Modernisierungen zur Verfügung zu stellen. Ansonsten werden viele Kliniken schließen müssen. Der Investitionsstau in den Krankenhäusern liegt heute schon bei über 50 Milliarden Euro – jedes Jahr kommen weitere Milliarden dazu, weil sich vor allem die Bundesländer aus der Verantwortung stehlen. Die politisch Verantwortlichen sollten wissen: Wenn es den Krankenhäusern finanziell schlecht geht, bekommen dies als erstes die Pflegekräfte (in Form von Personalabbau) und als zweites die Patienten (in Form schlechterer Versorgung) zu spüren. Der Pflegerat wird deshalb nicht locker lassen, seinen Finger in diese offene Wunde unseres Gesundheitswesens zu legen. Damit aber kein falscher Eindruck entsteht: Wir haben ein gutes Gesundheitssystem. Aber wir dürfen es nicht kaputt sparen.

Marie-Luise Müller

Marie-Luise Müller
Präsidentin Deutscher Pflegerat (DPR)

Nachrichten

Zahl der Pflegebedürftigen steigt weiter

— Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren in Deutschland im Dezember 2007 fast 2,3 Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Das waren – im Zuge der Alterung der Bevölkerung – rund 118.000 oder 5,6 Prozent mehr als 2005 und 231.000 beziehungsweise 11,4 Prozent mehr als bei der ersten Durchführung der Erhebung im Jahr 1999. Der Mehrheit der Pflegebedürftigen waren Frauen. 83 Prozent der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter, rund ein Drittel (35 Prozent) 85 Jahre und älter. Mehr als zwei Drittel der rund 2,3 Millionen Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. 709.000 Pflegebedürftige wurden in Heimen betreut. www.destatis.de

Studie: „Einsparpotenziale im Gesundheitswesen“

— Die gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland könnten bis zu 9,8 Milliarden Euro im Jahr bei Kliniken, Ärzten und Arzneimitteln einsparen. Dies behauptet die arbeitgebernahe Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in einer Studie, die Anfang Januar in Berlin vorgestellt wurde. Allein für die Kliniken macht die Initiative Einsparreserven in Höhe von 4,4 Milliarden Euro aus. Voraussetzung wäre, dass sich die jeweiligen Preise an den Bundesländern orientieren, die den effektivsten Mitteleinsatz vorweisen. Pflege- und Ärzteverbände äußerten sich skeptisch. „Durchschnittsrechnungen ohne Berücksichtigung der regionalen Strukturen werden nie zu zukunftsorientierten Lösungen führen“, erklärte der 1. Vorsitzende des Verbandes Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegepersonen (BALK), Peter Bechtel. Der Sprecher der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Roland Stahl, nannte die Studie „nettes Zahlenklingel, aber ohne Inhalt“. www.balkev.de

Eigene Berufskammer Pflegerat will 2009 für Weichenstellung nutzen

Die Botschaft der Pflegeverbände für 2009 ist unüberhörbar: „Wir brauchen die Pflegekammer – und zwar rasch“, hieß es auf dem Fachkongress „Pflege 2009“ Ende Januar in Berlin. Warum die eigene Berufskammer überfällig ist, erläutern aus Sicht des Pflegerates Peter Bechtel, Rolf Höfert und Thomas Meißner.



» 1,2 Millionen Pflegekräfte brauchen eine Heimat

Peter Bechtel, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegekräfte (BALK):

➔ Jetzt haben wir es also schwarz auf weiß: Professor Gerhard Igl kommt in seinem neuen Gutachten „Weitere öffentlich-rechtliche Regulierung der Pflegeberufe und ihrer Tätigkeit“, das im Auftrag des DPR erstellt wurde, zu der Erkenntnis, dass eine Neugestaltung der Pflegeberufe nicht ohne Pflegekammer geht. Nach seiner Ansicht gibt es auch keinerlei juristische Gründe, die gegen eine Pflegekammer sprechen

Die Zeichen stehen günstig im Jahr 2009, gehen wir doch in ein Superwahljahr. Insgesamt stehen fünf Landtagswahlen und als Superlativ die Bundestagswahl an. 1,2 Millionen Pflegenden stellen ein nicht unerhebliches Wählerpotential dar, da lässt sich im Wahlkampf doch sicherlich etwas mit dem Thema Pflegekammer initiieren! Besonders empfänglich für dieses Thema sind die Parteien, die sich vor der Wahl in der Opposition befinden und danach streben, die Regierung, ob auf Landes- oder Bundesebene, zu übernehmen.

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit ist allerdings Vorsicht geboten,

waren wir doch in den vergangenen Jahren in einigen Bundesländern mit den Oppositionsparteien im Wahlkampf fast soweit, dass wir zur Gründung einer Pflegekammer hätten schreiten können. Allerdings hat dann nach der gewonnenen Wahl plötzlich eine Art „retrograder Amnesie“ eingesetzt, die eine Erinnerung an das Versprochene schwer, die Umsetzung gar unmöglich gemacht hat. Kammerrecht ist Länderrecht, also müssen sich die diesbezüglichen Aktivitäten stark an den politischen Gegebenheiten der Bundesländer ausrichten, in denen gewählt wird. Stehen wir also auf, konzentrieren die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und nehmen der Politik damit jegliche Option, uns bei zukunftsweisenden gesundheitspolitischen Entscheidungen zu übergeben. Die Selbstverwaltung der Pflege ist längst überfällig!

Die Gesundheits- und Sozialpolitik ist geprägt vom Prinzip der Selbstverwaltung. Bisher sind Trägerverbände, Ärztekammern und Kostenträger selbstverständliche Verhandlungspartner im politischen und strategischen

Geschäft und beteiligen sich am „Verteilungskampf“ im Gesundheitswesen. So wird in dem bisherigen System auch das Maß von Qualität der Pflege definiert beziehungsweise rationiert.

Die Profession Pflege mit ihren rund 1,2 Millionen Mitarbeitern/innen als größte Gruppe der Leistungserbringer bleibt bislang im Wesentlichen unberücksichtigt. Die jüngste Entwicklung

in Umsetzung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes § 113 zur Entwicklung von Pflegestandards belegt dieses gravierend. Hier wurden wir bislang überhaupt nicht angehört. ■



» Pflegekammer hätte viele sinnvolle Aufgaben

Rolf Höfert, Geschäftsführer Deutscher Pflegeverband (DPV)

➤ Im Wesentlichen benötigt die professionelle Pflege in Deutschland die Pflegekammer zum Schutze der Bevölkerung und zum Schutze der eigenen Profession. Aufgaben einer solchen Kammer wären unter anderem die Qualitätssicherung, die Entwicklung von Qualitätsstandards, die gutachterliche Tätigkeit und die

Vergabe von Lizenzen wie dem Heilberufeausweis (HBA). Weitere Aufgaben wären Registrierung, Pflegestatistik, Berufsethik, Berufsordnung, Beratung des Gesetz- und Verordnungsgebers und die selbstverständliche Beteiligung bei Gesetzgebungsverfahren. Sie sehen also: Eine Pflegekammer hätte viele sinnvolle Aufgaben. Angesichts

mehrerer Landtagswahlen und einer Bundestagswahl, die in 2009 anstehen, geht es jetzt um das klare Bekenntnis der Politik, ob Selbstverwaltung im Gesundheitswesen weiterhin mit Ausbremsung der Pflege erfolgen soll oder nicht. Ein vom Fachbeirat „Pflege“ im hessischen Sozialministerium erarbeitetes Positionspapier zur Errichtung einer Kammer für Pflegeberufe hatte ebenfalls vor zwei Jahren auch im internationalen Kontext klare Botschaften für die Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit von Pflegekammern aufgezeigt. Es ist an der Zeit, dass sich die Politik bewegt und unserer Forderung nach Verkammerung nicht länger auf die lange Bank schiebt. ■



» Es gibt keine Alternative zur Pflegekammer

Thomas Meißner, Vorstandsmitglied Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen (AVG)

➤ Die Debatte um Pflegekammern in Deutschland dauert schon über 20 Jahre an. Geändert hat sich nur die Intensität und die Zeitfrequenz, in der das Thema diskutiert wird. Die Befürworter stehen klar beieinander. Die Skeptiker versuchen sich in nebulösen und immer wiederkehrenden Argumenten, bei denen immer der Eindruck entstehen soll, dass sie grundsätzlich für eine Kammer wären – „aber, aber...!“ Argumentiert wird dann meist, dass das Kammersystem „alt und marode“ sei,

und wenn, dann sollten doch bitte alle Gesundheitsberufe in eine Kammer gehen. Schließlich wird die Sorge vor einem Zwangsbeitrag bzw. einer Zwangsmitgliedschaft kolportiert. Verhinderer von Pflegekammern sind vor allem die Kostenträger, Teile des politischen Lagers und auch mancher Trägervertreter, der um Machteinfluss fürchtet.

Dazu ist das Folgende anzumerken: Wenn die Pflege in Deutschland noch länger auf ein neues Modell und Alternativen zu einer Kammer wartet, wird

es mit der Selbstverwaltung noch viele Jahre dauern. Wenn wir machtvoll unsere Belange selber in die Hand nehmen wollen, dann brauchen wir dafür alle – derzeit sind grade einmal zehn Prozent aller beruflich Pflegenden berufspolitisch organisiert. Das ist zu wenig. Pflege braucht Macht und Einfluss und einen hohen Grad an Organisation. Pflege braucht aber auch finanzielle Mittel, um sich selber verwalten zu können. Dies schafft neue Arbeitsplätze und bietet Pflege die Chance, Pflege inhaltlich, fachlich, berufspolitisch und mit Abgrenzung zu anderen Berufsgruppen eindeutig zu positionieren. Pflegekammern in allen Bundesländern und eine übergeordnete Bundespflegekammer müssen höchste Priorität 2009 haben. ■

■ Weitere Informationen
www.deutscher-pflegerat.de

Nachrichten

Kommt die Pflegekammer?

Die öffentlich-rechtliche Stellung der Pflegeberufe entspricht nicht ihrer tatsächlichen Stellung im Gesundheits- und Pflegewesen. Vor diesem Hintergrund wurde der Kieler Rechtsgelahrte Professor Dr. Gerhard Igl vom Deutschen Pflegeerrat beauftragt, ein Rechtsgutachten zur „weiteren öffentlich-rechtlichen Regulierung der Pflegeberufe und ihrer Tätigkeit“ vorzulegen. Dieses Gutachten liegt inzwischen als Buch vor. Darin werden rechtliche und verfassungsrechtliche Möglichkeiten ausgelotet, wie die öffentlich-rechtliche Stellung der Pflegeberufe verbessert werden kann. Igl zeigt, dass zentralen Anliegen wie etwa der Einrichtung einer Pflegekammer keine rechtlichen Hindernisse entgegenstehen. Das Igl-Gutachten (ISBN 978-3-89935-256-6) kann über die DPR-Geschäftsstelle bezogen werden. Der Preis beträgt 34,90 Euro (zzgl. Versandkosten).

■ www.deutscher-pflegerat.de



Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegeerrat (DPR) – Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Salzufer 6, 10587 Berlin („Haus der Gesundheitsberufe“), Tel.: 030 21915757, Fax: 030 21915777, www.deutscher-pflegerat.de

Redaktion: Thomas Hommel; „PflegePositionen“ ist eine regelmäßige Teil-Beilage in **Heilberufe** – Das Pflegemagazin
 Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler (verantwortlich), Ehrenbergstr. 11–14, 10245 Berlin, Tel.: 030 2045600
 Fax: 030 20456012, www.heilberufe-online.de

Verlag: Urban & Vogel GmbH, Neumarkter Str. 43, 81673 München, Tel.: 089 43721300, Fax: 089 43721399, www.urban-vogel.de

Ernüchternde Bilanz Arbeitsbedingungen in der Pflege unattraktiv für Schulabgänger

Nach Abschluss der fünfwöchigen Ausstellung „Pflege – Bilder – Perspektiven: Berufe mit Menschen“ im Haus der Gesundheitsberufe Berlin hat der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) Bilanz gezogen.

➤ Mehrere Hundert Realschüler und Gymnasiasten haben die Ausstellung besucht und über Arbeitsfelder, Ausbildung, Berufsalltag und Perspektiven in der Pflege mit Vertretern der Berufsverbände diskutiert. „Fakt ist: Kaum eine/r dieser Jugendlichen zieht einen pflegerischen Beruf in Betracht, allenfalls als nachrangige Option, wenn im Wunschberuf kein Ausbildungsplatz erreicht werden kann“, sagte Johanna Knüppel, Referentin des DBfK. „Dies bestätigt die Ergebnisse von vielfältigen Umfragen (z.B. des DGB), nach denen unter den 25 meistgenannten nichtakademischen Wunschberufen der Pflegeberuf nicht vorkommt. Veränderungen greifen ohnehin erst mit Zeitverzug, deshalb muss der Pflegeberuf jetzt durch bessere Arbeitsbedingungen deutlich attraktiver gemacht werden. Nur so besteht die Chance, auch künftig noch genügend Fachkräfte für eine gute Versorgung der alternden Bevölkerung zur Verfügung zu haben.“

Das Image der Pflegeberufe in der Öffentlichkeit verschlechterte sich seit Jahren kontinuierlich, sagte Knüppel weiter. „Die großen physischen und psychischen Belastungen im Berufsalltag, der dramatisch niedrige Personalschlüssel in allen Einrichtungen und die vergleichsweise schlechte Bezahlung machen den Beruf für gute Schulabgänger unattraktiv. Eine berufliche Perspektive stellt man sich anders vor.“ Es gäbe sogar Eltern, die ihren Kindern verbieten würden, einen pflegerischen Beruf zu wählen, berichtete

die Berufspolitikerin. „Dabei sinkt nicht nur die Zahl der möglichen Bewerber wegen der fallenden Geburtenzahlen, der Bedarf an professioneller Pflege steigt kontinuierlich an. Gleichzeitig führen die miserablen Arbeitsbedingungen dazu, dass viele Pflegefachkräfte krank, ausgebrannt und enttäuscht ihren Beruf verlassen.“

Im englischen Gesundheitswesen habe man errechnet, dass im Jahr 2020 jeder vierte Schulabgänger einen Pflegeberuf ergreifen müsste, um den Bedarf im Land zu decken. Die Bevölkerungsstruktur in Deutschland sei dem durchaus vergleichbar, so Knüppel. „Wo sind hier die Konzepte, die eine zukünftig angemessene Versorgung der Menschen sicherstellen können? Unsere politischen Vertreter haben offenbar die Zeichen der Zeit noch immer nicht erkannt. Wenn nicht jetzt die Arbeitsbelastung der Pflegenden deutlich reduziert wird als Signal, weiter im Beruf zu bleiben, sind auf Dauer die Weichen falsch gestellt und nicht mehr zu korrigieren.“

In Deutschland ist die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2007 um sechs Prozent auf 2,25 Millionen Menschen gestiegen, 709 000 wurden davon in Pflegeheimen betreut. Bis zum Jahr 2050 könnten Studien zufolge 3,5 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen sein. ■

■ **Weitere Informationen:**
www.dbfk.de